

Beilage zu Nummer 46 der Volksstimme.

Mittwoch den 24. Februar 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 24. Februar 1915.

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

In der Wiesbadener Ortskrankenkasse sind erneut Differenzen ausgebrochen. Bekanntlich kam durch die Treibereien des Zentrumsmannes Rauch die Wahl des ersten Vorsitzenden nicht zustande; von der Aufsichtsbehörde wurde dann Dr. Frankenhof mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Als Dr. Frankenhof zum Kriegsdienst eingezogen wurde, blieb der Posten des ersten Vorsitzenden zunächst unbelegt, weil der zweite Vorsitzende, Medaunt Rieker, die Geschäfte in selbstverständlicher Weise erledigte. Da aber nun auch Genosse Rieker einrücken mußte, fühlte sich Herr Rauch wieder in seinem Element; der Parteiführer setzte trotz Burgfrieden wieder ein.

Bei der Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden wurde von der organisierten Arbeiterschaft der frühere Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Stadtverordneter Gerhardt, vorgeschlagen. Das ging dem Zentrumsmanne Rauch gegen den Strich und von seinen Hintermännern kam das Mitglied Schneider Lenz in Vorschlag. Auf beide Kandidaten fielen je 9 Stimmen, so daß nun auch der Stellvertreterposten verwaist war, weil keiner der Kandidaten eine Mehrheit erzielte. Jetzt griff die Aufsichtsbehörde wieder ein und es wurde, bis sich der Vorstand einigt, als provisorischer Vorsitzender der Allg. Ortskrankenkasse Stadtrat Meyer bestimmt. Ob es nunmehr Ruhe gibt, muß abgewartet werden. Im Interesse der Weiterentwicklung eines so nützlichen Instituts wäre dies aufrichtig zu wünschen.

Schafft Arbeitsgelegenheit!

Der Winter geht zu Ende, das Frühjahr steht vor der Tür. Damit erhebt sich die Frage, wie wird sich im Frühjahr 1915 die Arbeitsgelegenheit gestalten, die um diese Zeit im Frieden stets eine Belohnung, einen Aufschwung bringt. Daß für Arbeitsgelegenheit ausreichend gesorgt werden muß, ist im Hinblick auf die Regelung der Preise und des Konsums durch den Staat selbstverständlich. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit ist noch wichtiger als die Regelung des Konsums und wird zur Pflicht des Staates, nachdem er einmal in die freie wirtschaftliche Betätigung der Privatwirtschaft eingegriffen hat. Die Konsequenz dieses Eingriffes ist nicht nur, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, sondern auch darüber zu wachen, daß für die Ware Arbeitskraft soviel bezahlt wird, wie nötig ist, um bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen bestehen zu können. Denn der Staat kann nicht auf der einen Seite Warenpreise festsetzen, ohne auf der anderen Seite zu gewährleisten, daß die Bevölkerung auch soviel verdient, um diese Warenpreise bezahlen zu können. In erster Linie entsteht also die Frage, wo sich Arbeitsgelegenheit für die Frühjahrskampagne bietet oder wo sie geschaffen werden kann. Denn es ist ziemlich wahrscheinlich, daß die Faktoren, die sonst den gewöhnlichen Beschäftigungsgrad bedingen, dieses Jahr fast ganz fehlen werden. Man kann ja annehmen, daß die Behörden sich mit dieser wichtigen Frage ebenfalls schon beschäftigt haben, aber es ist Zeit, daß allmählich mit den Vorbereitungen für die Arbeitsbeschaffung begonnen wird.

Rechtliche Arbeitsgelegenheit bietet nun auf alle Fälle, worauf schon wiederholt hingewiesen worden ist, die Landwirtschaft. Draußen auf dem Lande können dieses Jahr eine ganze Masse städtischer Arbeitskräfte untergebracht werden und zwar unseres Erachtens nicht erst in der Zeit der Ernte, sondern auch schon zur Zeit der Bestellungsarbeiten. Nun ist die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Verbringung der Arbeitskräfte von der Stadt aufs Land wohl sehr schnell ausgesprochen, aber ihrer Verwirklichung stehen doch große Schwierigkeiten im Wege. Die Organisation der Arbeitsvermittlung ist noch keineswegs so ausgebildet, daß die Abteilung der in den Städten überflüssig werdenden Arbeitskräfte nach dem platten Lande glatt funktionieren könnte. Es fehlt uns vor allem die Ueberbrückung über den Bedarf, aber auch die Auswahl des für die Landwirtschaft geeigneten Angebotes ist keineswegs leicht durchzuführen. Wenn aber dieser Umzug von Arbeitern aufs Land nicht bei Zeiten erfolgt, dann muß man damit rechnen, daß die auf dem Lande gegenwärtig verfügbaren Kräfte nicht imstande sein werden, den Anbau so auszuweiten und so intensiv zu gestalten, daß wir ohne Sorge der weiteren Verproviantierung der Bevölkerung entgegenblicken können. Darum sollte man, daß das platte Land mit brauchbaren Arbeitskräften bei Zeiten versehen wird.

Ungewissen von dieser Aufgabe, von deren Lösung der Verdienst zahlreicher Arbeitskräfte abhängt, ist für die in den Städten verbleibende Arbeiterschaft eine weitere Aufgabe zu lösen: die Baulastigkeit muß in einem ziemlich hohen Grade einsehen können, damit dem Gros der sonst beschäftigungslosen Bauarbeiter Arbeitsgelegenheit geboten wird. Ist dies der Fall, dann geht von dem Verdienst des Baugewerbes ein Strom der Bezahlung auf alle übrigen Gewerbe aus, so daß eine Erschlaffung der wirtschaftlichen Betätigung, die sonst bestimmt eintreten würde, ausgeschlossen wird. Die Bezahlung der Baulastigkeit kann aber nicht von der privaten Initiative kommen, sondern es sind die öffentlichen Organisationen, vor allem die Gemeinden, Staaten und schließlich das Reich, die dem Baugewerbe den nötigen Umfang von Arbeitsgelegenheit bieten müssen. Es gibt keine städtische Gemeinde, für die es nicht möglich wäre, mehr oder minder notwendige Bauten in Angriff zu nehmen und auszuführen. Sie beschränkt sich damit weit weniger schwer, als wenn sie sich plötzlich einer fast wachsenden Arbeitslosigkeit gegenüber befinden würde. Soll aber das Frühjahr die Gemeinden nicht unvorbereitet der hier angesetzten Aufgabe gegenüber antreffen, so ist es höchste Zeit, die Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß im Frühjahr die notwendige Arbeitsgelegenheit auch geboten werden kann.

Die Rübenabfälle. Das Resultat der Sammlung von Rübenabfällen hat sich in letzter Zeit etwas gebessert. Im allgemeinen ist das Ergebnis bei den Montagsfahrten rund 30, bei den Donnerstagsfahrten, mit nur drei Sammelungen, etwa 22 Kubikmeter. Die Hausbesitzer scheinen den Sammlungen etwas mehr Rücksicht zu leisten, wie sie es anfangs nicht taten; ein Rundschreiben, das der Verein der Haus- und Grundbesitzer an Hausbesitzer und Mieter gerichtet hat, hat offenbar gewirkt. Im allgemeinen tritt die etwas überraschende Erscheinung auf, daß in den weniger von Wohlhabenden bewohnten Teilen der Erfolge durchweg ein besserer ist als in den sogenannten besseren Vierteln. Nur zum Teil findet diese Beobachtung ihre Erklärung in dem Umstand, daß die reichen Leute vielfach die Rübenabfälle direkt an ihre Milchlieferanten abgeben. Bemerkenswert ist auch die geringe Zahl derjenigen, welche die von der Stadt empfohlenen Sammelbehälter beziehen. Die Zahl der Hausbesitzer, die bei der Müllabfuhr abonnieren, beläuft sich auf etwa 4000. Davon haben ganz vier diese Sammelbehälter bestellt, obwohl deren Preise mit 4 Mark, 4.50 Mark und 5.20 Mark so niedrige sind, daß schwerlich irgend ein gleichwertiger Ersatz billiger zu finden kommt.

Eine Schindlerin. Mit sechs angeblich im Felde lebenden und teilweise verwundeten Brüdern operierte ein Einmitlebiger in und Döhlen in den letzten Monaten in verschiedenen Städten.

Sie wurde jetzt in Wiesbaden in der Person der Köchin Katharina Franz von Krietein nachgekommen.

Erhöhte Sätze für Fuhrlohn und Holsatz. Die Speditionen und Fuhrwerksbesitzer sind gezwungen, infolge des Krieges und seiner Begleiterscheinungen, die bisher gültigen Sätze für Fuhrlohn und sonstige Fuhrleistungen zu erhöhen. Wir verweisen auf die diesbezügliche Bekanntmachung.

Schick seine Fleischwaren nach Russland. Wie jetzt bekannt geworden ist, läßt die russische Regierung in Sendungen an deutsche Kriegsgefangene keine Waren zu, deren Einfuhr in Russland auch sonst verboten ist. Ein solches Einfuhrverbot besteht z. B. in Russland für alle Schweinefleischwaren mit Ausnahme von Schweinefleisch, für Speckarten u. a. m. Es kann daher nur empfohlen werden, sich vor der Abführung von Fleisch an Deutsche, die sich in russischer Gefangenschaft befinden, genau zu vergewissern, ob der Fleischinhalt russischen Einfuhrverboten unterliegt.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Landsturmübungen im Rheingau.

Die Musterung und Aushebung der unangebildeten Landsturmpflichtigen der Jahrgänge 1875 bis 1884 findet für sämtliche Gemeinden des Rheingaukreises in den Räumen der „Reinhold“ zu Rüdesheim statt.

Es haben sich zu melden: am Mittwoch den 24. Februar, vormittags 7 Uhr 30 Min., die Landsturmpflichtigen aus den Gemeinden Elzville, Erbach, Gallgarten, Sattenheim, Johannisberg, Kiedrich, Kiedrich, Niederwalluf, Oberwalluf, Oelrich und Neuenhof; am Donnerstag den 25. Februar, vormittags 7 Uhr 30 Min., die Landsturmpflichtigen aus den Gemeinden Ahmannshausen, Aulhausen, Eibingen, Eppenschied, Geisenheim, Korch, Pörschhausen, Mittelheim, Preßberg, Ransel, Rüdesheim, Stephanshausen, Winkel und Wollmerschied.

Zur Bestellung sind verpflichtet alle unangebildeten Landsturmpflichtigen, die in den Jahren 1875 bis 1884 geboren sind, mit Ausnahme der von der Bestellung ausdrücklich Befreiten. Hierzu gehören auch die zu einem geordneten und gesicherten Betriebe der Eisenbahnen, der Post, der Telegraphie und der militärischen Behörden unbedingt notwendigen, festangestellten Beamten und händigen Arbeiter, die als unabkömmlich anerkannt sind. Die Unabkömmlichkeitsbescheinigungen sind jedoch bis zum 17. Februar d. J. vorzulegen. Ferner die vom Dienst im Meer und in der Marine Ausgemünzten. Etwasige Militärpapiere (Pässe, Landsturmscheine usw.) sind mitzubringen.

Landsturmpflichtige der Jahrgänge 1875 bis 1884, welche sich im Ausland aufhalten, sind im Bezirk derjenigen Ersatzkommission oder Hilfsersatzkommission gesellungspflichtig, worin sie ihren Wohnsitz haben. Haben sie keinen Wohnsitz im Inland, so sind sie im Bezirk derjenigen Ersatzkommission oder Hilfsersatzkommission gesellungspflichtig, den sie bei der Rückkehr nach Deutschland zuerst erreichen. Wer seiner Gesellungspflicht nicht oder nicht pünktlich nachkommt, hat Nachteil und Strafe zu gewärtigen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kartoffelwucher.

Der Bundesrat hat am 18. Februar Höchstpreise für Kartoffeln erlassen und am 17. März pro Zentner gegen die bisher in Kraft gewesenen Preise erhöht. Trotz dieser Erhöhung ist es nicht möglich, die Kartoffelgroßhändler zu veranlassen, die in ihrem Besitz befindlichen Waren auf den Markt zu bringen. Von sachkundiger Seite wird uns hierzu folgendes geschrieben:

Einige Tage vor dem Erlaß der neuen Höchstpreise wurden gute Speisefertigkeiten zum Preise von 3.50 Mark pro Zentner frei Berliner Bahnhöfe angeboten. Für Kartoffeln 2. Qualität wurden Preise von 3.20 bis 3.30 Mark verlangt. Nachdem die neuen Höchstpreise aber bekannt wurden, war es zunächst überhaupt nicht möglich, Ware zu erhalten, und wenn etwas angeboten wurde, so zu derartig hohen Preisen, daß an den Bezug nicht gedacht werden konnte. Der Grund war der, daß die Regierung zwar für den Produzenten und für den Kleinhandel Höchstpreise festgelegt hatte, dem Großhandel, der zwischen diesen beiden Faktoren steht, indes keinerlei Schranken auferlegte, so daß von diesem Preise gefordert werden, die geradezu an Wucher grenzen. Gleich nach dem Bekanntwerden der neuen Höchstpreise verlangten die Großhändler für den Zentner 5 Mark ab ihrer Station. Dabei handelt es sich nicht einmal um sortierte Ware. Zu dem Preis kommen noch 35 Pfg. für Fracht und 25 Pfg. für Abfuhr, so daß der fraglichen Firma die Kartoffeln, die laut Verordnung des Bundesrats im Kleinhandel nicht teurer als 5.50 Mark verkauft werden dürfen, 5.60 Mark selbst gekostet hätten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich in einem Wagon Kartoffeln immer noch einige Zentner Sand befinden, die natürlich als Kartoffeln mitbezahlt werden müssen. Durch diesen Wucher, den die Großhandelsfirmen treiben, wird es dem Kleinhandel einfach unmöglich gemacht, Kartoffeln zu beziehen, um ihre Kundenschaft damit zu versorgen.

In den letzten Wochen gingen uns — das sei nebenbei mitgeteilt — aus einer Reihe rein ländlicher Gemeinden Zuschriften zu, in denen ausgeführt wurde, daß es den in der Industrie beschäftigten Gemeindegliedern unmöglich ist, von den Bauern auch nur ein Pfund Kartoffeln zu erhalten. Diesem wunderbaren Treiben ungeachtet das Handwerk zu legen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Bundesrats.

Die Regierung ist unter allen Umständen verpflichtet, sofort eine Beschlagnahme der gesamten Kartoffelbestände herbeizuführen; denn es ist ein Zustand, der nicht einen Tag länger dauern darf, daß eine Anzahl gerissener Landwirte und Spekulanten sich gerade an solchen Lebensmitteln bereichern, die weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung allein noch die Möglichkeit bieten, sich füttern zu können. Wenn die gewissenlosen Spekulanten durch eine solche Maßnahme schwer geschädigt werden, so braucht darauf nicht die mindeste Rücksicht genommen werden; denn das Wohl der breiten Massen muß auf alle Fälle höher stehen, als wie das Geldsacksinteresse einiger Profitpatrioten.

Samau, 24. Febr. (Mit der Brot- und Kartoffelfrage) beschäftigt sich Donnerstagabend eine gemeinschaftliche Versammlung des Langenfeld-Hannauer Konsumvereins, des Gewerkschaftsvereins und der Parteioffizianten. Die erwerbstätige Hannauer Bevölkerung hat an der Ernährungsfrage das größte Interesse. Wir machen die Mitglieder oben genannter Organisationen auf diese Veranstaltung aufmerksam und erlauben uns recht zahlreiche Beteiligung. — (Zur Ausgabe von Brot- und Mehlbüchern.) Die Aus-

gabe von Brot- (Mehl-) Büchern an die Bürger, Brotbäcker und Mehlhändler (Kleinbäcker mit Mehl) findet am Samstag in der Zeit von 9-12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 1 (Erdgeschoss links, hant. Bäder, Verkäufer von Brot und Mehlhändler sind verpflichtet, die vorgeschriebenen Bücher zu führen. Zusammenfassungen werden mit Entziehung der Berechtigung, Brot oder Mehl zu verkaufen, bestraft, daneben treten die gesetzlichen Strafen ein. Die Bücher werden unentgeltlich abgegeben. — (Brotmarken für Krankenhäuser.) Auf den Kopf und die Woche entfallen 2 Brotmarken, die zum Bezug von 2 Kilogramm Brot oder 1600 Gramm Mehl berechtigen. Militärpersonen, welche seitens der Militärbehörde Protrationen beziehen, werden nicht mitgerechnet, ebenso wenig Arzt- und Pflegepersonal, Aufwarte- und Anstaltspersonal, das einen eigenen Hausstand hat und schon in diesem keine Protration durch die Verabfolgung von Brotmarken erhält. Brotmarken werden nur für die im Stadtkreis liegenden Anstalten ausgegeben, die im Landkreis liegenden Anstalten erhalten ihre Brotmarken von den Ortsvorständen derjenigen Gemeinden, in deren Bezirk die Anstalt liegt. Die Brotmarken sind gültig für den Stadt- wie für den Landkreis.

Samau, 24. Febr. (Brotmarken für Gasthäuser.) Der Magistrat fordert die Besitzer von Gasthäusern auf, unter Vorlage ihrer Fremdenbücher, aus denen sich die Zahl der ankommenden Gäste ergibt, welche in der Zeit vom 8. bis zum 21. Februar einschließlich bei ihnen übernachtet haben, Brotmarken im Rathaus, Zimmer 35, in Empfang zu nehmen. Die Tagesdurchschnittszahl der Gäste dieses zweiwöchigen Zeitraumes wird der Berechnung der Brot- (und Mehl-) Marken, zu denen der Inhaber des Gasthauses berechtigt ist, für die nächsten zwei Wochen (1. bis 14. März) zu Grunde gelegt. Diese Zahl mit 4 vervielfacht ergibt die Zahl der zu beantragenden Brotmarken. Die Brotmarken werden erstmalig am 1. März und sodann alle 14 Tage — also am 15. März, 29. März, 12. April, 26. April usw. — ausgegeben. Spätestens drei Tage vor der neuen Ausgabe von Brotmarken sind die Fremdenbücher zur Berechnung der Zahl der Gäste und zur Empfangnahme neuer Brotmarken für die folgende zweiwöchige Bezugsperiode vorzulegen.

Limburg, 23. Febr. (Tödlicher Unfall.) Auf eine schreckliche Weise ist dabei der 65jährige Weinhändler W. Bunderlich ums Leben gekommen. Er kam einem Last-Wagen zu nahe und wurde von demselben ertränkt. Ein städtischer Leichenwagen, der bei ihm war, mußte das Unglück mit ansehen.

Limburg, 23. Februar. (Tödlicher Unfall.) Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde dem 50jährigen Oberbahnmeister Möller von einem Zuge der rechte Fuß abgefahren. An den Verletzungen ist der Verunglückte jetzt nach dreitägigem Verbleiben verstorben. — Beim Zugraben führte in Friedrichs der 17jährige Arbeiter Anton Kraus in ein Wasserloch und ertrank, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte.

Staden (Oberhessen), 23. Febr. (Brand.) Die Wirtschaftsgaststätte des Gasthauses von D. u. u. wurden in der vergangenen Nacht durch einen Brand zerstört. Eine Weiterverbreitung des Feuers auf die angrenzenden Häuser verhindert die Feuerwehren der Nachbarkorte.

Rarburg, 23. Febr. (Schädl. Preise für Milch.) Der Magistrat hat mit sofortiger Wirkung für den Milchverkauf einen Höchstpreis von 22 Pfennigen festgelegt.

Wetzlar, 23. Febr. (Enorme Preissteigerung.) Seit ganz kurzer Zeit verlangen die hiesigen Metzger für gewöhnliche Schlachtkörper der Pfund — 30 Pfg. mehr. Sonst gab die Metzger-Zunft die Preisveränderungen im Umkleblatt bekannt. Der neue „Aufschlag“ erscheint aber den Fein-Metzgern wohl selbst zu hoch, denn jetzt wird man erst nach dem Kauf die Preissteigerung bezahlt.

Kirchen a. d. Sieg, 23. Febr. (Steuererhöhung.) Der Haushaltsplan unserer Gemeinde ist in der letzten Vertretung für 1915 auf 128000 Mk. festgelegt worden und dieumlage auf 240% gegen 200% im Vorjahr. — Auf der „Friedrichshöhe“ im benachbarten W. e. b. a. s. sollen 50 russische Gefangene untergebracht werden, die hoffentlich keinen Mordtrophäen und Räube mitbringen.

Siegen, 23. Febr. (Die Landesversicherungsgesellschaft B. e. f. a. n.) gerichtet, wie sie jetzt bekannt macht, den Hinterbliebenen der bei ihr Versicherten, die im Kriege gefallen oder an den im Kriege erhaltenen Wunden, Krankheiten oder Unfällen gestorben sind, zur Vinderung der ersten Rente eine Kriegszulage. Diese beträgt für die Witwe des Verstorbenen 50 Mark, für ein Kind des Verstorbenen unter 15 Jahren 30 Mark, für zwei Kinder 50 Mark, für drei und mehr Kinder 70 Mark. Für Eltern lediger Versicherten, die den Unterhalt ihrer Eltern ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten haben, 30 Mark. Der Verstorbenen muß vor seinem Eintritt in das Meer Versicherter der Landesversicherungssanktifikat Weisungen gewesen sein und zuletzt westfälische Marken geklebt haben. Die Bewilligung erfolgt unabhängig von der gesetzlichen Hinterbliebenenfürsorge.

Aus Frankfurt a. M.

Stadtverordneten-Versammlung.

Frankfurt a. M., 23. Februar 1915.

Vorsitzender: Dr. Friedleben.
Für die Einführung
elektrischer Beleuchtung in der evangelischen Kirche in Bonames

verlangt der Magistrat 400 Mark.

Zielwörter (Sog.) wendet sich gegen die empfohlene sofortige Bewilligung. Man möge erst den Prozeß abwarten, der zwischen der Stadt und der Bonameser evangelischen Kirchengemeinde schwebt. Zudem gehe es auf den Sommer zu; die Landwirte hätten gar keine Zeit in die Kirche zu gehen, sondern hätten auf dem Felde zu tun. Die städtische Kirche gehöre erst vor den Rechtsausblick.

Hipp (Fortf. d. P.) weist auf das schärfere Bedürfnis der Bonameser hin, in die Kirche zu gehen. Die rechtliche Frage sei gelöst. Alle Rechte und Pflichten der früheren politischen Gemeinde Bonames der Kirche gegenüber habe die Stadt Frankfurt durch den Eingemeindungsvertrag übernommen. Sie müsse den Prozeß vertieren.

Dr. Hoff (Fortf. d. P.) meint, wenn der Rechtsstreit beendet sei, würde sich schon zeigen, wer zu zahlen habe. Entscheidend sei lediglich die Frage, ob es zweckmäßig sei, die Beleuchtung schon jetzt einzurichten.

Der Betrag wird sofort bewilligt.
Das gleiche geschieht mit den Kosten für die Verhängung der Brände über den Müllkanal im Zuge der Müllheimer Landstraße.

Eine weitere Vorlage bezieht sich auf die Erhebung der Vermögenssteuer. Sie geht an den Finanzaußen.

Schluss der Sitzung 1/2 Uhr.

Einzelhaushalt und Volksernährung.

Im Verband zur Förderung der Armen- und Waisenpflege, errichtet gestern Abend Frau Henriette Kitz das zeitgemäße Thema vom „Einzelhaushalt und der Volksernährung“. Nach allgemeinen Ausführungen über die Frage der Volksernährung ging sie näher auf die Einzelheiten ein, die für die praktische Hauswirtschaft von Interesse sind. Leider sind die als Beispiel für die sonstigen Lebensmittel empfohlenen Speisen wie Sekt, Sekt, Sekt und auch die Kar-

offen teils schwer zu haben, teils über Gebühr verteuert. Verhältnismäßig billig sind noch die Getreide, die einen vollwertigen Ersatz für Fleisch bieten und die auch in getrocknetem Zustande in der Küche Verwendung finden können. Sparfam soll die Hausfrau vor allem mit dem Fett und der Butter umgehen, die immer knapper werden. Auch an Seife kann während der Kriegszeit mehr gespart werden. Als Ersatz für Butter dient Zucker, besonders in Verbindung mit Obst. Gerade jetzt in der Orangenzeit läßt sich aus den billigen Orangen eine vorzügliche Marmelade bereiten, die einen vortrefflichen Brotbelag gibt. Es gilt jetzt, in der Verwendung aller Lebensmittel sparsam zu sein und zu vergeuden, nichts wegzumwerfen, aber auch nicht zu geizen, sondern für gute und kräftige Ernährung zu sorgen. Besonders jene sollten sich sparen, die bisher in der glücklichen Lage waren, mehr für sich brauchen zu können, als die andern.

In der Frage ob Einzelhaushalt oder Zentral-Speiseanstalt stellte sich die Rednerin persönlich auf den Standpunkt, daß in Friedenszeiten aus ethischen Rücksichten der Einzelhaushalt vorzuziehen sei, obwohl viele Frauen sehr unwirtschaftlich seien und dabei viel verschwendet werde. Im Krieg aber habe die Zentral-Speiseanstalt wegen der Ersparungen große Vorteile. In der Bornheimer Familienküche der Kriegsstärke stellt sich das Mittagessen für den Kopf auf 19 Pfennig täglich. Dabei gibt es dreimal die Woche Fleisch, Heizung und Beleuchtung ist allerdings frei. Mit der Aufforderung an die Frauen, die sonst schwer zu organisieren seien, diesmal fest zusammenzuhalten in dem Gedanken, daß auf jeder einzelnen eine große Verantwortung vor dem Vaterland ruhe, schloß die Rednerin unter lebhaftem Beifall ihre Ausführungen.

In der Debatte empfahl u. a. Dr. Volligkeit den tonangebenden Kreisen, auch hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

Eine Wahl zum Kommunalparlament. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Boigt wählten gestern Magistrat und Stadterordnetenversammlung in gemeinsamer Sitzung an Stelle des verstorbenen Herrn v. Lausitz den Stadtverordneten von zum Mitglied des Kommunalparlamentes. Auf den Erwählten fielen 43 Stimmen; der sozialdemokratische Gegenkandidat Stadtverordneter Hoff erhielt 19 Stimmen, 1 Stimme war ungültig.

Die Sozialdemokraten konnten sich um deswillen nicht zur Wahl des Herrn von entschließen, weil die National-liberalen schon über Gebühr stark im Kommunalparlament vertreten sind, während die Sozialdemokraten als viel stärkere Fraktion in der Stadterordnetenversammlung nur zwei Sitze im Kommunalparlament haben. Aber die Fortschrittlichen konnten sich nicht dazu verstehen, den Sozialdemokraten größere Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihnen dieses erledigte Mandat zu geben. Man vertritt die Sozialdemokraten auf die Kommunalparlamenten im Jahre 1916.

Auskunft über Verwundete. Eine hier eingegangene Karte vom Ernst-Ludwig-Bureau für Kriegsgefangene in Genf gibt Auskunft über den Aufenthaltsort des Kanoniers Alexander Diegelmann, schwerer Verwundeter. Angehörige wollen sich auf Zimmer 280 des Polizeipräsidiums, Hohenzollernplatz 11, einfinden. — Ein hier eingegangenes Schreiben vom Caritas-Stift in Freiburg i. Br. gibt Auskunft über den Soldat Karl (Karl?) Christian Paul, vom 87. Infanterie-Regiment. Einmalige Angehörige des selben wollen sich auf Zimmer 280 des Polizeipräsidiums, Hohenzollernplatz 11, einfinden.

Ueberfahren. In der Schwanthalerstraße wurde der sechs-jährige Schüler Georg Stig von einem Automobil angefahren und erheblich verletzt. Er kam in das Städtische Krankenhaus.

Warnung vor Schwindlern. In letzter Zeit ist ein Schwindler in Militäruniform aufgetreten, der sich Ludwig Gottlieb nennt. Er sucht Frauen auf, deren Männer im Feld sind, und gibt an, von diesen beauftragt zu sein, ihnen bei seiner Rückkehr ins Feld Kleiderstücke usw. mitzubringen. — Ferner treibt sich eine Schwindlerin herum, die angibt, ihre Mann sei schwer verwundet in einem hiesigen Lazarett und ihre Anwesenheit sei aus diesem Grunde dringend geboten. Unter dieser Annahme hielt sie sich bei einer Dame, deren Mann im Felde steht, 18 Tage auf. Sie ließ sich dann von einer Freundin ihrer Wirtin noch 10 Mark geben unter dem Vorwand, eine Arznei aus einer Apotheke zu holen. Am nächsten Tage verschwand die Unbekannte.

Ein Betrüger festgenommen. Ein Mann aus Steinach wurde als Betrüger festgenommen. Er ging von Haus zu Haus und gab sich als Rechtsbater aus. Hierbei teilte er mit, daß der Reichstag nicht mehr Montag und Donnerstag, sondern Dienstag und Freitag abgehalten werde. Gleichzeitig gab er an, daß er noch kein Neujahresgeschenk bekommen hätte. Geschädigte wollen sich Polizeipräsidium, Hohenzollernplatz, Zimmer 403, melden.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 23. Febr.

Am Regierungstisch: v. Loebell, Hr. Dr. v. Schorlemer. Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Bühn eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Min. mit der Verlesung eines kaiserlichen Dankschreibens wegen der Glückwünsche für den Ausgang der Winterkämpfe in Masuren.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats beim

Etat des Staatsministeriums

fortgesetzt. Zunächst findet eine Besprechung über den Belagerungszustand und die Beschränkung der Pressefreiheit statt. Abg. Hr. v. Jellisch berichtet über die Verhandlungen der Kommission und weist darauf hin, daß das Verhalten der Militärbehörden zu besonderen Ungerechtigkeiten nicht geführt habe und die Bevölkerung im großen mit dem Belagerungszustand zufrieden gewesen sei. Bezüglich der Beschränkung der Pressefreiheit sind in der Kommission erhebliche Bedenken laut geworden. Es ist gefordert worden, daß die Handhabung der Zensur für die Folge beseitigt wird. Vor allem muß die Freigabe der

Erörterung der Friedensbedingungen

so rechtzeitig erfolgen, daß die öffentliche Meinung voll zur Geltung kommen kann. Wenn diese Erörterung erst bei Beginn der Friedensverhandlungen einleiten dürfte, so wäre es zu spät. Es ist daher zu wünschen, daß sich die Regierung in der letzten Nummer der „Nordd. Allg. Ztg.“ dahin ausgesprochen hat, daß sie rechtzeitig den freien Meinungsäußerungen gedenkt. (Bravo!)

Eine Debatte darüber findet nicht statt.

Ueber die

Gillsaktion in Ostpreußen

berichtet Abg. Hr. v. Jellisch (freikons.). Minister des Innern v. Loebell: In der Kommission habe ich eingehend dargelegt, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um der Provinz Ostpreußen, die schwer unter dem Kriege gelitten hat, zu helfen. Auf Anregung E. R. des Reichsers entwickelte die Regierung eine sofortige leibhaftige Tätigkeit, die darin bestand, den Umfang der Schäden festzustellen und Vorschläge zu machen, um die Schäden zu beseitigen. Auf Anregung E. R. des Reichsers wurde, geht daraus hervor, daß z. B. allein in Regierungsbezirk Königsberg über 7500 Anträge auf Vorschädigung gestellt worden sind. Es ist gewiß ein erhebliches Zeichen, daß bisher keine einzige Beschwerde über Vorschädigung der Vorschädigung eingegangen ist. Ferner muß die Regierung viele Millionen bereitstellen zur Unterbringung der ostpreussischen Flüchtlinge. Erhebend war es zu sehen, wie die ganze Bevölkerung geradezu gewallendet hat, diesen armen Heimatlosen die schweren Arken zu erleichtern, nicht ohne persönliche Opfer zu bringen. Die oft geäußerte generelle Mitleide der Bewohner Ostpreußens ist zuletzt noch nicht möglich; doch haben wir versucht, daß vorläufig alle Familien zurückkehren. Durch einmütiges Zusammenwirken von Staat, Provinz und Kommunen werden wir alle uns gestellten Aufgaben zur Zufriedenheit lösen, um so

mehr, als die Einmütigkeit des ganzen Volkes hinter uns steht, um ihnen zu helfen, die für uns gelitten haben. Unsere Bevölkerung Ostpreußens soll sich aufrichten an der Fürsorge ihres Reichsers; sie soll festes Vertrauen haben zu dem Gelübnis E. R. des Reichsers, daß neues Leben aus den Ruinen blühen solle. (Beifall.)

Abg. v. Späth (kons.): Komens der Provinz Ostpreußen spreche ich der Staatsregierung den Dank aus für die weitgehenden Maßnahmen, die sie zur Linderung der Not der schwergeschädigten Provinz getroffen hat. Wir danken auch allen denen, die unsere schwergeprüften Flüchtlinge aufgenommen haben. Wir haben die Gewißheit, daß Ostpreußen nunmehr vor jeder russischen Invasion sicher ist; deshalb können wir jetzt an den Ausbau herangehen. An der Spitze der Provinz steht ein Mann, ein Hind Ostpreußens, zu dem wir Ostpreußen das unbegrenzte Vertrauen haben, daß er den Wiederaufbau der Provinz mit größtem Verständnis ins Werk setzen und ein großes Gewicht auf die Wiederbevölkerung der Provinz gelegt wird. Etwa 300 000 Ostpreußen sind gegenwärtig über ganz Preußen verstreut. Von der allergrößten Bedeutung beim Wiederaufbau der Provinz ist auch die Arbeiterfrage. (Beifall.)

Abg. Gram (Zentr.): Im Interesse des Wiederaufbaues der Provinz wird es zweckmäßig sein, wenn Regierung und Kommunen der Frage der zweiten Hypotheken größere Aufmerksamkeit zuwenden würden. Der Bau des Ostkanals würde für die Provinz von großer Bedeutung sein.

Abg. Rührmann (natl.): Alle Parteien sind darin einig, daß die Provinz Ostpreußen wieder aufgebaut werden muß, so wie es war. Bei der Errichtung der Gebäude sollte man an die mittelalterlichen Traditionen anknüpfen; man sollte praktisch und schön bauen. Durch den Krieg haben sich alle Kulturwerte verändert. Das ist das Schlimmste, daß die Weltmacht dem halbasiatischen Rußland beigegeben sind. Es wird nun die Aufgabe der Regierung und der Kommunen sein, die „düsteren Bilder“, die nach einem Wort des Reichsers in der Provinz erschienen sind, wieder verschwinden zu lassen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die offene Grenze Ostpreußens nicht mehr offen bleibt, sondern daß ein strategisch gesicherter Grenzschutz geschaffen werde. (Beifall.)

Abg. Knappe (fortschr. Zentr.): Auch wir halten es für eine Ehrenpflicht, daß eine Entschädigung Ostpreußens im vollen Umfang gewährt werde. Vor allem muß alles geschehen, um die Schäden der Landwirtschaft wieder gut zu machen. Durch eine großzügige Siedlungsaktion kann erreicht werden, daß die abgewanderten Kräfte wieder zurückkehren. Zur Hebung des Verkehrs brauchen wir den Ostkanal. Wir erwarten, daß beim Wiederaufbau der Provinz nicht burokratisch heillos, sondern nach großzügigen Gesichtspunkten verfahren wird. (Beifall.)

Abg. Hoyer (Zentr.) teilt mit, daß die Bevölkerung Ostpreußens nicht rechtsgültig gewahrt wurde. Wenn die Regierung in Berlin abnunglos war, dann konnten die Landräte vorsorgen, was kommen würde. Die Farmer predigten von der Mangel-Gottvertrauen — sie konnten nicht wissen, welche familiären und kirchlichen Sorgen einbrechen würden. Freilich, manche russischen Truppendeile haben sich anständig verhalten. Den Landräten und Pfarrern muß ich aber vorwerfen, daß sie nicht für die Bevölkerung sorgten. So kam es, daß die Leute dann planlos umherirrten, vor den Russentruppen flüchten, sich in die Wälder verloren. In der Eile wurden die Schweine geschlachtet, die dann verdorben. Ein Glück, daß nach Kartoffeln auf den Feldern und im trockenen Zustand vorhanden waren. Jedenfalls — die gestorbenen Kinder erleben stumme Anklagen gegen die Schuldigen. Es herrscht große Erbitterung in der ostpreussischen Bevölkerung. Der Bureaucratismus hat sich als unfähig erwiesen, aus eigener Initiative notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Heute gerichtet man sich den Kopf darüber, wie die Volksernährung zu sichern ist, und in Ostpreußen sind große Vorräte in Feinbrot und Mehl, wodurch die russische Bevölkerung ernährt wurde. Das gilt nicht nur für die erste, sondern auch für die zweite Invasion. Jeder hat es gemerkt, daß die Bevölkerung, die die Notlage der Bevölkerung zu wuchergeldern ausgenutzt haben. Solche Händler müssen zur Hochacht geordnet und gezwungen werden, den Schaden zu ersetzen. Die Bevölkerung war hilflos. Die Regierung ist deshalb verpflichtet, ihr den Schaden zu ersetzen, weil sie durch ihre Direktionslosigkeit alles verschuldet hat. Bedauern muß ich, daß in die Kriegskommunikation Vertreter der Arbeiterbewegung nicht einbezogen wurden. Hier wäre eine Gelegenheit. Gerechtigkeit zu zeigen und Gleichberechtigung eintreten zu lassen. Aber auch die Klugheit würde die Mitarbeit der Arbeiter erfordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr tragen die andern allein die Verantwortung. Wir brauchen die Anführung einer reichsgerichtlichen Regelung des Entschädigungsanspruchs. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude darf nicht überhastet werden im Interesse eines rationalen Wiederaufbaues. Die Hauptsache ist die Feldbestellung, für die vom Staat Saatgut, Motorspüße und Ackergeräte beschafft werden müssen. Ein gewisser Wirtschaftskommissar wird sich dabei nützlich machen. Wenn die Arbeiterkräfte nicht ausreichen, sind wir mit der Beschäftigung von Gefangenen einverstanden; jedoch müssen sie so bezahlt werden, daß sie nicht als Lohnrüber wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die eigentliche Ergänzung der Viehbestände und der Gebäudeaufbau müssen für eine Zeit aufbewahrt werden, wo die Provinz völlig gesichert ist. Die Mitleide der Flüchtlinge, namentlich ihrer Frauen und Kinder, darf nicht zu früh eingeleitet werden; ihre Arbeitskraft kommt überall, wo sie sind, der Allgemeinheit zugute. Wenn ein großer Teil der Arbeiter Ostpreußens fernbleibt, so liegt die Schuld daran an der Nichterfüllung unserer oft erhobenen Forderungen im Interesse der Landarbeiter. Unter keinen Umständen darf die Gewährung der Entschädigung von der Rückkehr abhängig gemacht werden. Ist es nicht traurig, daß Sie überhaupt Berücksichtigung nach der Richtung haben müssen, daß die Arbeiter nicht wieder zurückkommen? (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Beim Wiederaufbau muß besonders für bessere Arbeiterwohnungen gesorgt werden. Im Frieden, der ja doch wieder kommen muß, müssen die Erzeugnisse von Wissenschaft und Technik die Schäden der Kriegsschäden wieder gut machen; eine besondere Bedeutung wird der Elektrifizierung des landwirtschaftlichen Betriebes zukommen. Wenn wir heute unser taftkräftiges Mitgefühl für Ostpreußen kundgeben haben, so möchte ich doch auch mein menschliches Empfinden jenen Unglücklichen weihen, denen der entsetzliche Krieg außerhalb der deutschen Grenzpfähle, in Oesterreich, Ungarn, Rußland, Polen, Frankreich und Belgien, ein ähnlich trauriges Schicksal befohlen hat, wie der ostpreussischen Bevölkerung. (Beifall.)

Hr. v. Gumpelhausen (freikons.): Wir freuen uns, daß die Regierung mit warmem Herzen und voller Energie für Ostpreußen eingetreten ist. Wir danken auch denen, die nicht unserer Provinz angehören und dennoch so taftkräftig für die Interessen unseres lieben Ostpreußens eingetreten sind. Wir bedauern aber die zwangsweise Räumung ganzer Landstriche durch die Militärbehörden. Man kann es von alten Soldaten im Felde hören, daß diejenigen Offiziere und Häuser am schlechtesten wegkommen, die ganz von Einwohnern entblößt sind. Wenn trotzdem die Militärbehörde zu einer solchen Maßnahme schritt, so hätte sie den armen Flüchtlingen auch Unterkunft und Verpflegungsmöglichkeiten gewähren müssen. Allerdings konnte man nicht voraussehen, daß die russische Soldateska so ziellos haufen würde, sonst hätte man wohl andere Maßregeln getroffen. Ferner ist es nicht zu billigen, daß in Friedenszeiten die russischen Offiziere mit unseren Offizieren in den Grenzstädten freundschaftlich verkehren und so auf legitime Weise Spionage treiben. Wir hoffen jedoch, daß Ostpreußen, das in den letzten Dezennien am schlechtesten von allen Provinzen behandelt worden ist, durch seine Energie, seinen Fleiß und seine Anstandslosigkeit auch diese schweren Zeiten überwinden werde. (Beifall.)

Die Petition des Königsberger Grundbesitzer-Vereins, die gegenwärtig erscheinenden Maßregeln zu treffen, daß die in Königsberg dem Grundbesitz erscheinenden Kriegsschäden als solche vergütet werden, auch Vorschädigungen zur Auszahlung gelangen, wird nach den Beschüssen der Kommission der Regierung zur Erwägung

überwiesen. Die Petition desselben Vereins, dem Grundbesitz zur Begleichung der fälligen Zinsen Darlehen aus öffentlichen Mitteln gegen Sicherstellung zur Verfügung zu stellen, sei es unmittelbar, sei es durch Vermittlung von Genossenschaften unter Anrechnung der etwa daraus bezogenen Entschädigungen, wird gleichfalls nach den Beschüssen der Kommission der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Etat des Staatsministeriums wird genehmigt. Eine Reihe kleinerer Etats wird erledigt, nachdem der Bericht, erstattet, Abg. Dr. Radnitsch (Zentr.), nochmals der Regierung vorgelegt hat, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß das Los unserer armen Kriegs- und Zivilgefangenen im Ausland erleichtert werde und die Bestimmungen der Haager Konvention von unseren Feinden beachtet werden.

Nach Erledigung weiterer Punkte der Tagesordnung wird die erste Beratung des Entwurfs eines Eisenbahn-Anleihe-Gesetzes vorgenommen und der Entwurf der Budgetkommission überwiesen. Die Beratung des Gesetzentwurfs über die Niedererschlagung von Unterführungen gegen Kriegsteilnehmer und die Beratung des Entwurfs eines Knappschaftskriegsgesetzes wird der Justiz- bezw. Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch um 1 Uhr 30 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Etats und die Erweiterung des Stadt-freies Essen.

Aus der Budgetkommission.

In der verstärkten Budgetkommission des Abgeordneten-hauses gab die Regierung betreffend die fiskalischen Moore bekannt, daß demnächst 14 Komplexe in Hannover und Schleswig mit 20 000—25 000 Hektar unter Veranziehung von Kriegsgefangenen zur Bearbeitung in Angriff genommen werden. Die Gebäude und Baracken seien fertiggestellt. 15—20 000 Gefangene werden beschäftigt werden. In den fiskalischen Wäldern in Wandorf und Langenschwalbach seien Verwundete in größerer Anzahl aufgenommen. — Der Vertrag mit dem Zweckverband wegen des Grunewalds sei im wesentlichen zustande gekommen. Die Uebergabe stehe zum 1. April in Aussicht. Der Preis sei für 10 000 Hektar auf 50 Pfennig pro Quadratmeter festgesetzt mit Rücksicht darauf, daß der Wald zu erhalten sei. — Im übrigen wurde festgestellt, daß der Befehl des russischen Generals Rennenkampf, die Förster in Ostpreußen zu erschlagen, größtenteils nicht befolgt worden sei. Ein Oberförster sei erschossen und 8 Oberförstergehöfte und 26 Förstergehöfte seien zerstört worden.

Arbeiter- und Angekelltenbewegung.

Vom Streik in der Königsbühne D.-E.

Die Verhandlungen der Stüttenverwaltung mit den streikenden Arbeitern des Bandenanzugsbetriebes der Königsbühne haben zu dem Ergebnis geführt, daß die gesamte Forderung von 80 Mann am 22. Februar still die Arbeit nach einmütigen Streik wieder aufgenommen hat. Den Anstehenden ist auf die Wirtshaus eine Lohnzulage von 350 Mk. pro Tonne gewährt worden. Während damit in dieser Abteilung des Werkes die Lohnbewegung beendet ist, dauern die Verhandlungen über die Forderung der Fellebiger noch an.

Zur gefälligen Beachtung!

Die Träger bezw. Vertrauensleute der entferntesten gelegenen Orte, die nicht durch Expressboten bestellt werden können, müssen ihre Bestellung allmonatlich bis zum 25. aufgeben haben, sonst tritt eine Verzögerung durch die Post ein. Wir können nicht einfach die Zahl des Vormonats übernehmen. Die Anwesenheitszahl ist wechsell und wir für zu viel über-reisene Exemplare die Postgebühr bezahlen. Deshalb müssen wir unbedingt auf regelmäßige Bestellung bestehen. Verschiedene Orte sind in dieser Beziehung sehr nachlässig. Wir werden am Schluss jeden Monats diejenigen Orte veröffentlichen, die noch keine Bestellung aufgeben haben, damit die Leser wissen, woran es steht.

Für den Monat März haben noch nicht bestellt: Vermbach, Duden, Wittenberg, Friedeburg, Bellenhausen, Homburg, Kreuznach, Madenmühl, Marienberg, M. Weierbach, Mittelbollenbach, Reut-linden, Niedersorstadt, Niederortsbau, Odenmühl, Roth, Rüdels-hausen, Saarbrücken, Siegen, Sinn, Schloßborn, Schwalheim, Wals-dorf, Würges, Zinshain.

Feldpost.

Unteroffizier Max Kühn. Wegen des 3. statt 7 kommt die Zeitung eine Minute früher oder später. Da liegen andere Gründe vor. Im übrigen stimmt die Adresse doch. Zurückkommen ist: Wehrmann Hoffmann 80/10. — Heinrich Gabel. — Landwehrmann Bausch. — Wehrmann Weibert. — Ersatz-referent Widmann.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. in Dillenburg. Wenn Ihre Tochter mündig geworden ist, muß ihr das Geld ausgezahlt werden.

Neues aus aller Welt.

Schneeschäden in Tirol. In den Seitentälern von italienisch Tirol nahmen die Schäden durch riesige Schneefälle großen Umfang an. Unzählige Häuser und Dächer sind eingestürzt. Soweit feststeht, kamen fünf Personen im Schnee-Grab um.

Ein Lazarettinspektor, der Liebesgaben entwendet hat. Vor dem Amtsrichter Kriegsgericht hatten sich der Lazarett-inspektor Ruhnigal und der Intendantursekretär Byporra zu verantworten. Dem Ruhnigal wurde zur Last gelegt, von dem Wein, der von Lieferanten für die Kranken und Verwundeten des Lazarets geliefert worden war, eine Anzahl Flaschen entwendet zu haben. Er hatte von dem gestohlenen Wein auch dem Byporra abgegeben, so daß dessen Tochter erzählt hatte, ihre Eltern hätten im Keller viel Wein, den der Onkel Ruhnigal mitgebracht hätte. Ruhnigal wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Byporra aber wurde freigesprochen, da nach der Ansicht des Kriegsgerichts bei ihm nicht alle Voraussetzungen der Hehlerei vorliegen.

Im Sturm untergegangene Fischerflotte. Nach einer der „Rheinischen Zeitung“ von der französischen Grenze zugehenden Meldung wird berichtet, daß in der vorigen Woche der im atlantischen Ozean wütende Schneesturm die ganze aus Motorbooten bestehende Fischerflotte für den Seefischfang umweit Arcachon vernichtet habe. Von 18 Booten sind 15 verloren. Die Mannschaften sind gerettet.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Donnerstag, 25. Febr., 7 Uhr: „Als ich noch im Flügelkleide...“ Freitag, 26. Febr., 8 Uhr (18. Volksvorstellung): „Johanniskreuz“. Samstag, 27. Febr., 7 Uhr (Reueit): „Der gußneisenne Frosch“.

Königliches Theater.

Donnerstag, 25. Febr., 7 Uhr: „Der fliegende Holländer“. Freitag, 26. Febr., 7 Uhr (neu einstudiert): „Die Rosenkranz und Gräfin“. Samstag, 27. Febr., 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“. Sonntag, 28. Febr., 8½ Uhr: „Othello“. Montag, 1. März, 7 Uhr: „Wie die Allen jungen“.

Zur Beachtung!

Die Gesundheitsverwaltung sucht für Steinbrucharbeiten, Wege- und Bahnbauten im Operationsgebiet kräftige und gesunde

Erdarbeiter

Im Alter von 16 bis 40 Jahren, die ihre von der Polizeibehörde ausgestellten Zeugnisse vorlegen können, gutes Schuhzeug, genügend Wäsche, Mantel und Gehgehör mitbringen müssen.

Die Unterbringung geschieht in Massquartieren mit Strohlager und Decke. Die kostenfreie Verpflegung besteht aus Brot, Tee und reichlichem warmen Wintgetränk.

Arbeiter über 20 Jahre erhalten pro Tag 5 Mk., von 16 bis 20 Jahren 4 Mk. und unter 16 Jahren 3 Mk.; Lohnzahlung und Abrechnung nur wöchentlich, Vorschüsse werden nicht bewilligt.

Die Beförderung in das Operationsgebiet und der Rücktransport in die Heimat erfolgt kostenfrei. Die Arbeiter unterscheiden den Kriegsdienst.

Reisungen nur mündlich in den Geschäftsstunden von 8 bis 12 und 2 bis 5 Uhr.

Abfahrt von Frankfurt a. M. am Freitag den 26. d. Mts., abends 6 Uhr.

Städtisches Arbeitsamt

Vorstandshausstr. 17, Erdgeschoss, Zimmer Nr. 4.

Aktien-Baugesellschaft für kleine Wohnungen.

In unserem neuesten Baublock an der Giesheimer Landstrasse (Gaststätte der Straßenbahn Niederheimer Friedhof) sind noch einige zweiräumige Wohnungen (Zimmer, Wohnküche und Zubehör) zu vermieten.

Näheres in unserer Geschäftsstelle Römerberg 3, 2. Stod., von 10 bis 11 Uhr werktäglich.

Der Vorstand.

Neu eingeführt! Holländischer Schiffs-Zwieback

Pfund 48 Pfg.

Gebrauchsanweisung: Der Zwieback wird in kleine Stücken zerdrückt, zwei Stunden in warmen oder über Nacht in kaltem Wasser einweichen und hierauf unter Belmischung von Milch, Zucker und Salz (Menge je nach Geschmack) aufgekocht. **Schmeckt vorzüglich!** — Auch für Auflauf und Pudding ist das Gebäck geeignet.

Gemischte

5128

Zwetschen-Latweg Pfund 28

Kunsthonig hergestellt aus feinstem Kristallsucker Pfund 42

Grosses Wasserglas 45 d, 1 Ko. Köchendose 90

Moenus extra Süsrahm-Tafel-Margarine Pfund 98

Spara Süsrahm-Margarine in 1/2 und 1/4 Pfund-Paketen Pfund 85

Lakto-Eipulver Paket 15

Erbsen grün oder gelb mit Schale, Besonders ausgiebig, preiswert und nahrhaft! *Pfund 48

Donnerstag eintreffend:

Bratschellfische Pfd. 26

Kabliau, mittel Pfund 34

Bückinge gross und frisch . . 3 Stück 28

Schade & Füllgrabe

Filialen in allen Stadtteilen.

Schumann-Theater

Heute und folgende Tage, abds. 8 Uhr (neu einstud.): „Der Obersteiger“ Die bekannten Preise. 5113

Nachweisung

Lehrstellen

in tariflosen Buchdruckereln für

Schriftseher

Buchdrucker

durch den

Berufsverband des Deutschen Buchdruckervereins

Neue Mainzerstr. 31. 4628

Tüchtige Sattler

sucht per sofort 5145

F. Michaelis Nachf., 60 Neue Mainzerstrasse 60.

Leibständiger

Monteure

für elektrische Kraftanlagen, sowie

jüngere Dreher

— gesucht. —

Brown, Boveri & Cie., A.-G.

Frankfurt a. M., Redarstrasse 11.

Schlosser und Dreher

sucht zum sofortigen Eintritt

Fahrgenfabrik Eisenach

Eisenach in Thüringen.



Die Erbsünde.

Roman von Hans Kirchsteiger.

(78 Seiten) 90 Pfg.

Menschenschicksale.

Aus den Papieren einer Samariterin.

40 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt a. M.

Großer Strichgraben 17.

Haut-, Geschlechts- u. Frauenleiden

Beschleunigte Behandlung ohne Quecksilber und ohne Salvarsan.

Cand. med. Adam, Ass. d. Dr. med. Eberth. — (9-1, 3-8, Sonnt. 9-11).

Kronprinzenstrasse 21, Telephon 10694, I. 0724

Pastor Felke-Heilweise

(Augen-Diagnose, Naturheilverfahren, Homöopathie.) Rat bei allen Krankheiten (auch veralteten, z. B.: Nieren- (Zuckerkr.), Blasen-, Harn- (Hautkr.), Magen-, Darm-, Leber- (Gallenstein), Arterien-Verkalkung, Nervenleiden, Lungen- und Herzleiden, Frauenkrankheiten chronisch. Stuhlverhalt., Kinderkrankheiten etc.

Ernst Schenkel, persönlich von Herrn Pastor Felke ausgebild. u. beständigst. Vertreter.

Am Dorfbusch 10, Haltest. der Strassenb. Linie 23, 24 u. 25.

Tel. 1 10806. — Sprechst. 9-1 u. 3-7 Uhr, Sonnt. 10-1 Uhr.

Freiwillige Dankschreiben über Heilungen!

Todes-Anzeige.

Als Opfer des Krieges fiel am 18. Februar bei einem Sturmangriff in Saase (Vogesen) unser treuer Kollege

Alois Graßl

Küfer.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

5130 Die Arbeiter der Löwen-Brauerei.

Kreiswahlverein Höchst-Hornburg-Usingen

Filiale Riedelheim.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Genosse

Engelbert Acker sen.

im Alter von 68 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand bereits statt. 5153

Sozialdemokratischer Verein Rüdighelm.

TODES-ANZEIGE.

Als Opfer des Krieges fiel am 17. Februar in Frankreich unser treuer Genosse

Peter Kahmer

Maurer.

Wir verlieren in ihm einen braven Genossen, der in allen Zeiten treu und unerschrocken seine Pflicht für die Partei getan hat.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

5154 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass mein lieber Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, der Gewerkschaftssekretär

Franz König

(Landwehr-Inf.-Regt. 17, 2. Komp.)

am 18. Februar auf dem Schlachtfeld in Russland gefallen ist.

Saarbrücken, den 22. Februar 1915.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

7776 Frau Emilie König.



Frisch von der See

Am Donnerstag in meinen Verkaufsstellen eintreffend:

Bratfische Pfund 26

Cabliau Pfund 34

Statt der teuren Butter empfehle ich als billigen Brotaufstrich

Frischobst-Marmelade

Pfund 28

Infolge neuer grosser Zufuhren

Preisermässigung für Tee

1/2 Pfund-Paket 25, 30, 35 und 45

1/4 Pfund-Paket 60, 70, 75, 80 und 100

Dauerkraftfleisch

zum Aufbewahren

3 Pfund-Dose lose ausgewogen 1/2 Pfd

3.50 65



Achtung! Achtung!

Durch Erwerbung hoher Vorräte

vieler verkaufe ich:

Konfirmanden-Anzüge

7 8 9 10 11 12

und höher

Anzüge

10 12 14 16 18 20

Pelerinen

4 4.50 5 6 7 8

Anaben-Anzüge enorm billig.

Stoffreste billig. Anzüge u. Maß.

auch wenn Stoffe gefüllt werden.

Bergerstrasse 107, I.

Holz- und Kohlenhandlung

O. Müller

8 Gutenbergstrasse 8

Empfehlung: 0992

In Ruhrkohlen, Briketts,

Koks, Holzkohlen etc.

zu den billigsten Tagespreisen.

Lieferung frei ins Haus.

Div. gute Nähmaschinen, wie neu.

Singer, Veritelm, Pfaff, 3 Jahre

reelle Garantie, Yang- u. Klingelst.

alle Krößen, für 20-40 Mk. zu verl.

Quackstrasse 4, I. St., Wehlan. 0791

Jean Treutel Wtw.

Zigarrenhandlung

Höchst a. M., Hauptstr. 41.

Holzbettstellen,

laderte und polierte, einzelne Post-

teile, Patentmatrassen, Holz-

matrassen, Federarmaturen, Ein-

richtung nach Maß ohne Preis-

erhöhung. 0615

Bettenfabrik Zettelmann

78 Neue Mainzerstrasse 78

nächst Opernplatz.

Ankauf

von Knochen, Knochen, Knochen

Papier zum Einhandeln 0274

J. Röder, Frohnhoferstr. 6.

Kerzen

(Paraffin) 12 Kerzen 65 d, 3-4 Stk.

Brandbrenner, St. Garant, nicht tropf.

Nach anss. nur geg. Verehrung d.

Vertrags, auch f. Porto. Frankfurt a. M.

Zeil 20, 4. Köln Laden. Abends 5-8.

+ Frauen +

Vergrößerer, Bedarfsartikel

für Herren und Damen. Artikel

zur Gesundheits- u. Krankenpflege

Frau Heins, Frankfurt, Meisstr. 21, I.

Hanauer Anzeigen.

Entgegenüber

Gemüse-Geschäft

billig abgegeben.

Offerten an die Expedition

der Volksstimme, Hanau a. M.,

Mühlstrasse 2c. 0157

Cigarren-Haus M. Hopff

Schlossstrasse 3, Hanau a. M.

Neu eröffnet!

Grosse Auswahl in Cigarren, Cigaretten,

== Rauch-, Schnupf- und Kautabak ==

in allen Preislagen. 5118



Donnerstag den 25. Februar 1915

im Hotel Kasino

Vortrag

von Herrn Dr. med. Plaut, Frankfurt a. M.

über: 5156

Die Volksernährung im Krieg.

Ausdruck für Volksern-

ehrungen in Rüdighelm.

Eintritt frei. Beginn halb 9 Uhr.